



caritas international

DAS HILFSWERK DER DEUTSCHEN CARITAS

Katastrophenhilfe

Venezuela: Grenzüberschreitende Nothilfe für Flüchtlinge und Migrantinnen in Kolumbien, Ecuador und Venezuela



Die Situation

Die seit Jahren andauernden wirtschaftlichen und politischen Spannungen haben in Venezuela eine humanitäre Krise ausgelöst. Der Staat kann seine Bürger nicht mehr versorgen: Das Gesundheitssystem ist zusammengebrochen und es bestehen massive Engpässe in der Bereitstellung von Nahrungsmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs. Die Mangelversorgung geht so weit, dass 68 Prozent der venezolanischen Kinder Anzeichen von Mangelernährung zeigen. Krankheiten wie Cholera, die als ausgerottet galten, treten seit Beginn der Krise wieder gehäuft auf. Für das laufende Jahr rechnet der Internationale Währungsfonds in Venezuela mit einer Inflationsrate von mehr als 1,37 Millionen Prozent, für das kommende Jahr sogar mit 10 Millionen Prozent. Konjunkturanpassungen der Regierung blieben bisher wirkungslos. Der amtierende Präsident Nicolás Maduro, der maßgeblich für die Krise verantwortlich ist, wurde im Mai 2018 für weitere sechs Jahre im Amt bestätigt. Die Wahl wird von verschiedenen



Ländern aufgrund fehlender demokratischer Standards nicht anerkannt. Auf der Suche nach Unterstützung haben seit 2014 über 2,3 Millionen Menschen Venezuela verlassen. Aufnahmeländer wie Kolumbien und Ecuador können die Flüchtlinge jedoch nicht versorgen und es kommt dort zu sozialen Spannungen, Übergriffen, Gewalt und Fremdenhass.

Das Projekt

Das Projekt leistet Nothilfe für insgesamt 22.620 Menschen, davon rund 13.300 Menschen in Kolumbien, 7.400 in Ecuador und 1.900 in Venezuela. Die Begünstigten sind MigrantInnen, politische Flüchtlinge, Binnenvertriebene und bedürftige Personen in den Aufnahmegemeinden, wobei insbesondere alleinerziehende Frauen, Schwangere, Stillende, Säuglinge und Kleinkinder, Indigene und alleinstehende ältere Personen berücksichtigt werden. Die Nothilfe sichert einerseits Grundbedürfnisse wie Ernährung, Unterkunft und medizinische Versorgung, andererseits auch juristische Begleitung und Maßnahmen zur Existenzsicherung. Rund 7.000 Personen erhalten Lebensmittelvouchers, mit denen sie ihren Nahrungsmittelbedarf bis zu zwei Monate decken können. Neuankommende oder durchreisende Flüchtlinge werden mit Lebensmittelrationen für bis zu fünf Tage versorgt. Rund 1.500 Personen bekommen eine Unterbringung, 3.400 erhalten bis zu drei Monate Mietzuschüsse. Mit Gesundheits- und Hygienekits wird die Gesundheitsversorgung für 2.470 Menschen gewährleistet. 830 Personen erhalten Unterstützung bei Transporten und die Gastgemeinden werden mit Zuschüssen unterstützt. Rund 11.360 MigrantInnen erhalten Rechtsberatung, 2.450 eine psychosoziale Betreuung und 600 Frauen und Mädchen, die Opfer von sexueller Gewalt sind, werden individuell betreut. Weiter finden Veranstaltungen zur Sensibilisierung der Grenzgemeinden und Informationsanlässe zu Menschenhandel und Ausbeutung statt.